Nr. 279 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 12. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 26, 13 6 56, 13 6 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.— Für Villen- oder Kaufgesuche 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.56, „ „ 4.68
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.02, vierteljährl. Kr. 6.06
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.40, „ „ 7.20
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.50. Einz.-Nummer 10 Pf.

Angriffe der Amerikaner an der Maas abgeschlagen

Gefechtsfühlung mit Serben und Franzosen südlich von Nisch — Eine französische Erklärung zur Note Wilsons
Verschiebung der Besprechungen des Versailler Kriegsrats — Kabinettskrise in Oesterreich

Die Beratungen über die Rückantwort

Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung über die Antwort an den Präsidenten Wilson waren, wie wir hören, gestern abend noch nicht beendigt. Es ist also zur Stunde noch nicht abzusehen, wann die Antwort erfolgen wird. Man rechnet vorläufig frühestens für heute Freitag abend, möglicherweise aber auch erst für Sonnabend mit einer Ueberreichung der deutschen Antwortnote an den schweizerischen Gesandten. Allgemein ist man aber, wie die „Nordd. Allg. Ztg." heute morgen schreibt, der Ansicht, daß die Antwort der deutschen Regierung nicht lange auf sich warten lassen wird, wie ja auch Wilson, der Wichtigkeit der Sache entsprechend, sehr rasch geantwortet hat. Das sogenannte Kriegskabinett der neuen Regierung, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und den Staatssekretären ohne Portefeuille, hat schon auf Grund des zuerst vorliegenden, noch nicht authentischen Textes der Wilson-Note die sich für die deutsche Politik ergebende Lage durchgesprochen, und es ist wohl auch bereits nach Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung zu einer prinzipiellen Einigung über die Antwort gekommen. Die endgültige Fassung der Antwort mußte allerdings bis Nachprüfung des genauen Wortlautes der Wilson-Note verschoben werden. Das Regierungsblatt glaubt, daß der amtliche Text gestern in den Abendstunden der deutschen Regierung übermittelt wurde, so daß die letzte Redaktion der Antwort nicht länger mehr auf sich warten lassen dürfte.

Der Wutausbruch in der feindlichen Presse, der sich nach dem Bekanntwerden des deutschen Angebotes an den Präsidenten Wilson zeigte, hat sich nach der Rückfrage Wilsons wieder einigermaßen gelegt, wenn auch die Chauvinistenblätter ihrer Art noch treu bleiben. Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterd. Courant" berichtet, daß man in England die Antwort Wilsons als einen großen Sieg der sittlichen Weltrichtung über die entsetzliche Kriegspolitik ansehe und daß Wilson von neuem seine Stellung als Führer der Alliierten befestigt habe. In England sei die Meinungsverschiedenheit mehr scheinbar als wirklich. Jedenfalls ständen die Liberalen geschlossen hinter dem Präsidenten. Die konservativen Blätter wagten zwar nicht, offen gegen Wilson aufzutreten, aber sie suchten durch allerhand Manöver die Wirkung der Antwort zu vereiteln. Doch viel wichtiger als das Geschrei der Chauvinisten sei die aufrichtige Zustimmung, die Wilsons Note in liberalen Kreisen und Blättern findet. — Der

Meinungsaustausch unter den Alliierten

wird zwar von den „Times" als abgeschlossen bezeichnet, doch scheint nach andern Meldungen die Uebereinstimmung noch nicht so vollständig zu sein, wie versichert wird, da endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt sind:

a. Basel, 11. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Times" melden, daß der Meinungsaustausch der Alliierten über die deutschen Vorschläge als abgeschlossen anzusehen sei. Die Uebereinstimmung der alliierten Kabinette sei vollständig. Weitere Erörterungen der Alliierten würden erst notwendig werden, wenn die zweite deutsche Note an Wilson die Bedingungen Wilsons angenommen habe. Das Blatt meldet ferner: Der alliierte Kriegsrat hat Besprechungen auf der Basis der Wilsonschen 14 Forderungen aufgenommen. Ein Beschluß wurde ausgesetzt. Die „Morning Post" meldet, daß der alliierte Kriegsrat in Versailles seine Besprechungen über die allgemeine militärische Lage und die Friedensmöglichkeiten bis Dienstag kommender Woche verschoben hat.

z. Genf, 11. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Homme libre" schreibt am Mittwoch zur Wiedereröffnung der Kammer: „Die bevorstehenden Beratungen der Kammer werden für Frankreich die wichtigsten seit Kriegsbeginn sein. Der Schritt des Präsidenten Wilson, der ein Entgegenkommen gegen den Feind darstellt, wird nicht ohne Einfluß auf die Beratungen und Beschlüsse der französischen Kammer sein. Frankreich wird sich in absehbarer Zeit vor folgenschwere Entschließungen gestellt sehen."

* Zürich, 11. Oktober. Die „Neue Züricher Ztg." teilt über das Zustandekommen der Antwort Wilsons mit: Die englische Regierung verhielt sich im Gegensatz zur französischen und amerikanischen Oeffentlichkeit abwartend. Allgemein war man gegen Deutschland in den Ententeländern und Amerika mißtrauisch. Dennoch wagten die Regierungen nicht, die deutsche Antwort abzulehnen. Sie wollten aber den Mittelmächten die Verhandlungen auf keinen Fall erleichtern. So kam als Ergebnis ihrer Beratungen Wilsons Antwort zustande, die die Alliierten zu nichts verpflichtet und, ohne der deutschen Regierung ein weiteres Wort unmöglich zu machen, sie diplomatisch zu umstellen sucht.

Dieses Bestreben, der deutschen Regierung Steine in den Weg zu werfen und ihre Verhandlungsbasis einzuengen, macht sich auch in der Havas-Note bemerkbar, die wir gesondert mitteilen. Dieses diplomatische Schriftstück atmet ganz den hartnäckigen Widersachergeist Clemenceaus, der zwar den amerikanischen Präsidenten mit geschickten Worten einzunehmen versucht, im übrigen aber seine eigene schlechte Laune nur mühsam verbergen kann. Die unverhohlene Triumphstimmung des Siegers spricht aus dieser Havas-Note, der von dem Gegner — der doch keineswegs geschlagen ist, sondern sich mit starker Kraft gegen die wütendsten Massenangriffe der Feinde wehrt — bedingungslose Unterwerfung fordert. Die jetzige französische Regierung hat sich ja, allen tönenden Phrasen zum Trotz, niemals als Anhängerin eines Rechtsfriedens bekannt, sondern unentwegt den Gewaltfrieden gefordert, der für sie allein „Recht" bedeutete. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Wilson sich vor den Wagen Clemenceaus spannen läßt und damit einen Weg beschreitet, der mit den von ihm feierlich verkündeten Grundsätzen kaum vereinbar wäre.

773 feindliche Flugzeuge im September vernichtet

× Großes Hauptquartier, 11. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Südwestlich von Douai setzte der Feind zum Angriff gegen den Trinquise-Abschnitt südlich der Scarpe an. Canadische Regimenter, die über Gaillu hinaus vorzudringen versuchten, wurden unter schweren Verlusten zurückgeworfen.

An der Schlachtfront östlich von Cambrai und St.-Quentin sind starke Angriffe des Feindes gegen unsre neuen Stellungen und ihre im Vorgelände belassenen Vortruppen gescheitert. Der Feind stand am Abend etwa in Linie Navis—St.-Vaast auf den Höhen westlich von Soleßmes und Le Cateau, westlich der Linie Sonpir—Vaux Andigny—Aisonville und auf dem Westufer der Oise zwischen Origny und La Fère.

Teilangriffe des Gegners bei Berry au Bac, an der Aisne, an der Suippes und an der Aisne wurden abgewiesen. Zwischen St.-Etienne und der Aisne haben wir unsre Truppen in rückwärtige Linien beiderseits von Grandpré auf das Nordufer der Aire planmäßig, vom Feinde ungestört, zurückgenommen. Auf dem westlichen Maasufer setzte der Feind erneut zu starken, vergeblichen Angriffen beiderseits der Straße Charpentry—Romagne an.

Auf dem östlichen Maasufer griff der Amerikaner tagsüber mit starken Kräften zwischen Sivry und dem Haumont-Walde an. Brandenburgische, sächsische, rheinische und österreichisch-ungarische Regimenter schlugen in hartem Kampfe alle Angriffe des Feindes ab. Das österreichisch-ungarische Infanterie-Regiment Nr. 5 unter seinem Kommandeur Oberstleutnant Popelka zeichnete sich hierbei besonders aus.

Im Monat September wurden an der Westfront 773 feindliche Flugzeuge, davon 125 durch Flugabwehrkanonen, und 95 Fesselballone vernichtet. Hiervon sind 450 Flugzeuge in unserm Besitz. Der Rest ist jenseits der feindlichen Linien erkennbar abgestürzt. Trotz der vielfach großen zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Gegners haben wir im Kampfe nur 107 Flugzeuge verloren. Der erfolgreiche Kampf in der Luft schuf die Grundlage für das zerstörende Eingreifen unsrer Flieger bei dem Kampfe auf der Erde. Durch Aufklärung bei Tage und bei Nacht, durch Bombenangriffe gegen militärisch wichtige Ziele im feindlichen Hinterlande und durch Angriffe auf dem Schlachtfelde mit Maschinengewehren und Wurfminen haben sie Infanterie und Artillerie überall wirksam unterstützt. Trotz hartnäckiger Angriffe des Feindes auf unsre Fesselballone, bei denen wir 103 einbüßten, konnte der Gegner unsre sich rücksichtslos einsetzenden Beobachter an ihrer erfolgreichen Tätigkeit nicht hindern.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Auf dem südöstlichen Kriegsschauplatze neu eingetroffene Truppen stehen in der Gegend südlich von Nisch in Gefechtsfühlung mit Serben und Franzosen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff

Geld, das nicht schafft,
ist tote Kraft;
Geld, das jetzt ruht,
wird Schuld und Blut.
Zeichne die Neunte!

Eine Havas-Note

× Paris, 10. Oktober

Eine Note der Agence Havas besagt: Präsident Wilson hat die deutschen Vorschläge in der Weise aufgenommen, wie man dies von seinem klingen Scharfblick und seiner gewissenhaften Ehrenhaftigkeit erwarten konnte, indem er von der deutschen Regierung Aufklärungen über den Sinn und die Tragweite ihres Angebots erbat. Auf diese Weise wird keinerlei Zweideutigkeit die Lösung des gegenwärtigen Konfliktes fälschen. Nicht die Alliierten werden es sein, die sich darüber beklagen werden. Ohne irgendwie der endgültigen Antwort Wilsons vorzugreifen, so gestattet doch eine Prüfung der Note Lansings, sich schon jetzt ein Bild von seinen begründeten Besorgnissen zu machen. Deutschland wird zuerst kategorisch erklären müssen, ob es unverzüglich und ohne Erörterung die aufgestellten Bedingungen annimmt. Tatsächlich haben sich die Mittelmächte darauf beschränkt, zu erklären, daß sie die Bedingungen annehmen, aber nur als Grundlage für eine Erörterung. Im Reichstage gab Prinz Max von Baden in seiner Rede die gleiche Erklärung ab, und schließlich war die deutsche Presse in dieser Hinsicht noch deutlicher. Man versucht daher den Zweifel, den Wilson beseitigen will. Es ist kaum wahrscheinlich unter dem Druck der Ereignisse, daß der Kanzler jetzt rückhaltlos dem Washingtoner Friedensprogramm zustimmt. Selbst wenn er es aber tut, welches Vertrauen könnte man ihm für die Zukunft gewähren, da er im Verlaufe von wenigen Tagen seine Ansicht über eine Hauptfrage in so offener Weise geändert hat? Anderseits muß man wissen, ob die Vorschläge im Namen der Reichsbehörden gemacht worden sind, die bisher den Krieg geführt haben. Der Kanzler gibt sich wohl Mühe, die Regierung, an deren Spitze er steht, als aus dem Volke und aus dem Reichstage hervorgegangen hinzustellen. Ist diese Versammlung aber berechtigt, im Namen der deutschen Demokratie zu sprechen? Der Reichstag hat ohne Vorbehalt dem Angriff von 1914 zugestimmt und ebenso allen alldeutschen Maßnahmen des Generalstabes. Er hat die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest ratifiziert. Prinz Max von Baden selbst hat in einem Schreiben an den Prinzen Hohenlohe einen Maßstab für die Aufrichtigkeit seiner politischen Ansichten gegeben. In Wahrheit erscheint der Personalwechsel an der Spitze der Reichsregierung nur wie eine Parodie auf die Teilnahme des Volkes an der Regierung, die den Zweck hat, die wirklich verantwortlichen Urheber des Krieges der Verantwortung zu entziehen. Schließlich präzisiert dieser Satz in sehr glücklicher Weise die Gedanken Wilsons. Wenn die Vorbedingungen: Rückhaltlose Zustimmung zu dem amerikanischen Friedensprogramm, Neuorientierung der deutschen Politik sowie Räumung der besetzten Gebiete, von der kaiserlichen Regierung angenommen werden, so wird der Waffenstillstand doch nicht ipso facto eintreten. Präsident Wilson wird vielmehr dann erst glauben, in der Lage zu sein, eine Einstellung der Feindseligkeiten den Völkern der Entente vorzuschlagen, die dann die Bürgschaften bekanntgeben müssen, die sie von den Feinden fordern wollen, bevor sie die Waffen niederlegen. Deutschland hat jetzt das Wort.

Die Räumungsfrage

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 11. Oktober

In politischen Kreisen wird betont: Die Mittelmächte führen keinen Eroberungskrieg, sondern nur einen Verteidigungskrieg. Demnach denken sie nicht daran, die besetzten Gebiete dauernd zu behalten. Das Verlangen Wilsons nach Räumung ist also nicht grundsätzlich zu verwerfen. Es ist aber nur diskutierbar unter der Voraussetzung, daß die militärische Lage der Mittelmächte durch die Räumung nicht verschlechtert, ihre eigenen Grenzen durch etwaiges Nachrücken der gegnerischen Armeen nicht gefährdet werden. Ueberhaupt müsse man den Eindruck gewinnen, daß der Frieden komme, weil man sonst die jetzigen militärischen Vorteile nicht aufgeben könne. (kf)

(Weiteres siehe Seite 2 und 5)

„In Erwartung"

Von unserm id.-Mitarbeiter

Wien, 8. Oktober.

„In Erwartung" — das ist jetzt die Parole. Alle Welt fühlt, daß es eigentlich nicht viel Sinn hat, sich in diesen Tagen mit dem Kriegsdrama von Einzelangelegenheiten zu beschäftigen, da es jetzt wirklich ums Ganze geht — um die Monarchie nämlich. Unheimlich knistert es in dem Gebälke, und das hausrechtliche Gefühl, das man für Kronen gezimmert glaubte, wird an mehr als einer Stelle sichtlich brüchig. Der Dualismus, seit mehr als einem Halbjahrhundert das Fundament, auf dem Oesterreich-Ungarn ruhte, steht ernstlich zur Erörterung. Nicht spintisierende Theoretiker des Staatsrechtes, nicht einzelne politische Querköpfe, nicht diktierende Bierbankhelden, nein: ernste, sehr ernste Parteien rütteln am Bau. Zum Teil ist daran die Regierung selber schuld. Durch das Aufwerfen der polnischen und südslawischen Frage und durch die amtlichen Verheißungen, die in der einen, die offiziellen Sundergungen, die in der andern gemacht wurden, ist die Monarchie ins Wanken gekommen, und es gibt keine Parteikonferenz, in der von diesem Wanken nicht die Rede wäre. Kein Wunder, da niemand weiß, was denn eigentlich werden soll, ob man durch die Lösung der Polenfrage einem Trialismus oder durch die der Südslawenfrage gar einem Quadrialismus zusteuert.

Dazu kommt die Empfindung, daß man diese Dinge eigentlich sehr zur Unzeit angeschnitten habe, da man trotz aller vollberechtigten Verwahrung dagegen, daß das Ausland in die inneren Angelegenheiten der Monarchie sich mische, doch den Einfluß des Kriegsausganges auf die geplanten Neugestaltungen nicht übersehen kann. Die Polen haben ja eigentlich schon darauf verzichtet, aus den Händen ihrer Befreier den neuen Polenstaat zu empfangen. Denn indem nun auch der österreichische Polenklub mitsamt seinem starken konservativen, sonst immer respektierenden Einschlag sich den allpolnischen Standpunkt zu eigen gemacht und Galizien, Schlesien und Posen schlankweg für das künftige Königreich reklamiert, hat er sich ebenso außerhalb der „austropolnischen" wie außerhalb der „deutschen" Lösungsart gestellt und bleibt „in Erwartung" des großen Friedenskongresses nach dem Kriege. Nicht gewitzigt durch diese auffällige Tatsache, geht man jetzt auch „Südslawien" an den Leib, schickt den Grafen Tisa zur Einholung von Informationen nach Agram und Sarajewo, rüttelt an den Kroaten und den Serben und glaubt die Slowenen links liegen lassen zu können. Man hat auch da kein bestimmtes Programm, weiß nicht recht, ob man sich auf die serbo-kroatische Koalition oder auf die Kroaten allein oder auf die Serben allein stützen soll, und glaubt durch Ignorierung der Slowenen den Strömungen, die auch diese in das neuzuschaffende südslawische Gebilde einbeziehen wollen, wirksam zu begegnen. Allein es ist fraglich, ob man sich da nicht ebenso einer Täuschung hingibt wie bei der Polenfrage. Wenn die Schleusen einmal geöffnet sind, dann kann man der Flut nur schwer steuern.

Das wird jetzt auch in Oesterreich und in Ungarn zutage kommen. In Oesterreich gärt und brodelt und zischt es. Selbstbestimmungsrecht ist Trumpf, und seitdem es heute von der Regierungsbank aus die amtliche Punze durch den Ministerpräsidenten erhalten, wird es aus dem politischen Verkehr nicht so bald verschwinden. In einem vielsprachigen Staate mit acht Völkerschaften ist es kein ungefährliches Schlagwort, das da ausgegeben wird. Man konnte vom Einheitsstaat zum Föderalismus übergehen, und noch in der vorletzten Rede des Ministerpräsidenten war ja diese Art der Neuorientierung in Aussicht genommen. Jetzt soll diese Mittelstation übersprungen und gleich der Bundesstaat oder Staatenbund geformt werden, dessen Glieder auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes sich zu unabhängigen Nationalstaaten konstituieren. Wenn das geschehen ist, sollen sie wieder das Gemeinsame untereinander, das sie aneinander bindet, suchen. Ob sie sich dann zu einer höheren staatlichen Einheit zusammenschließen, bleibt eine offene Frage. Möglich, daß sie sich als völlig selbständige Gemeinwesen nur zu allerlei rechtspolitischen, wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Vereinbarungen herbeilassen. Die deutschen Parteien, die bisher immer noch rein staatlichen Gesichtspunkten gehandelt und dabei gar oft ihre nationalen Interessen in den Hintergrund geschoben haben, werden nun wohl nicht staatlicher sein können als der Staat selbst, und wenn die Regierung dieses Staates das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auf ihre Fahne schreibt, werden die Deutschen wohl auch davon für sich Gebrauch machen, ohne Rücksicht auf die Kolonen, die diese Parole für den Staat selbst haben mag. Allein schon jetzt erklären alle deutschen Parteien, daß sie keinen, auch nicht den geringsten Teil ihres Volkstums aus dem deutschösterreichischen Nationalstaate herausreißen lassen. Das mögen die Tschechen in den Sudeten- und die Slowenen in den Alpenländern eingedenk sein.

In Ungarn hat die Krise, die in Oesterreich ausgebrochen ist, die Anhänger der Personalunion Oberwasser gewinnen lassen. Verfechter dieses staatsrechtlichen Glaubenssatzes hat es ja in Ungarn immer gegeben, ganze Parteien sogar sind dafür eingetreten. Aber jetzt erhält dieses Programm Gefolgschaft aus Kreisen, die ihm bisher abhold waren. Das politische Chaos in Oesterreich, das Versagen einer Regierung nach der andern und das Versagen des Parlaments liefern den Vorwand. Dazu kommt, daß die pragmatisch-gemeinsamen Angelegenheiten, auf denen die Realunion zwischen Oesterreich und Ungarn ruht: die gemeinsame Führung der Außenpolitik und die gem.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181012/1